

# Frohe Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2020!



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 19. Dezember 2019

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

wir befinden uns auf der Zielgeraden eines ereignisreichen Jahres 2019. Arbeitsreiche und aufregende Monate liegen hinter uns. Wir gehen nun in die Weihnachtspause, um im neuen Jahr mit neuer Kraft durchzustarten.

Auch im kommenden Jahr wird das Thema **bezahlbares Wohnen** eine wichtige Rolle spielen. Wir sind die Partei der Mieterinnen und Mieter und werden uns in dieser Regierung weiterhin dafür einsetzen, dass **gutes Wohnen keine Frage des Geldbeutels** ist. Schon in diesem Jahr haben wir gegen den Widerstand der Union wichtige Verbesserungen erreicht, die nun im parlamentarischen Verfahren umgesetzt werden: zum Beispiel beraten wir diese Woche im Bundestag ein Gesetz zur **Verlängerung der Mietpreisbremse** um weitere fünf Jahre und zur Einführung eines rückwirkenden Rückzahlungsanspruchs für zu viel gezahlte Miete. So schützen wir Mieterinnen und Mieter in angespannten Wohnungsmärkten auch weiterhin vor überhöhten Neuvertragsmieten.

Eine gute Nachricht ist die Einigung in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zu den **steuerlichen Entlastungen beim Klimaschutzpaket**. Nun werden **Bahntickets** bereits ab dem 1. Januar 2020 günstiger und es können spürbare Entlastungen für Pendlerinnen und Pendler auf den Weg gebracht werden. Der **Einstiegspreis von 10 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> wird ab Januar 2021 auf 25 Euro** festgesetzt. Für den sozialen Ausgleich insbesondere im ländlichen Raum wird die **Pendlerpauschale** in zwei Stufen auf **38 Cent erhöht** sowie eine Entlastung aller Stromkunden durch die **Absenkung der EEG-Umlage** erreicht. Gut ist, dass unser Parteitag neuen Schwung in die Diskussion gebracht hat. Wir legen allerdings unser besonderes Augenmerk auf die sozialen Fragen beim Klimapakete. **Umweltgerechtes Verhalten darf keine Frage des Geldbeutels sein**. Deswegen stehen für uns Förderung, Investitionen und auch das Ordnungsrecht im Vordergrund. Die Verhandlungen in Deutschland, aber auch auf internationaler Ebene zeigen immer wieder: es lohnt sich gemeinsame Lösungen zu finden – auch wenn dies oft mühselig ist und Kompromissbereitschaft erfordert – demokratische Beschlüsse brauchen Zeit.

Auch in diesem Jahr waren wir der Motor der Regierung. Es gibt aber weiterhin viel zu tun. Wir haben noch viele Projekte aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, wie z. B. die **Eingrenzung der sachgrundlosen Befristung**, die Einführung der **Ganztagsbetreuung an Grundschulen**, die **Grundrente** oder die **Förderung der erneuerbaren Energien**, um im Jahr 2030 mindestens 65% Erneuerbare im Strommix zu haben. Das sind einige Themen, die wir im neuen Jahr anpacken.

Ich wünsche Ihnen und Euch nun ein paar geruhsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in ein vor allem gesundes Jahr 2020.

Euer

Büro Berlin  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
✉ timon.gremmels@bundestag.de  
☎ Telefon 030 227 783 06  
☎ Telefax 030 227 703 06

Wahlkreisbüro Kassel  
Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  
✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de  
☎ Telefon 0561 700 10 52  
☎ Telefax 0561 700 10 53

🏠 [www.timon-gremmels.de](http://www.timon-gremmels.de)  
📘 [fb.com/TimonGremmels](https://fb.com/TimonGremmels)  
📷 [instagram.com/gremmels](https://instagram.com/gremmels)  
🐦 [twitter.com/Timon\\_Gremmels](https://twitter.com/Timon_Gremmels)



Mit meinen nordhessischen MdB-Kollegen Edgar Franke, Michael Roth, Esther Dilcher, Sören Bartol wünsche ich Euch schöne Weihnachtstage.



## | Energiewende mit Mieterstrom sozial gerecht voranbringen

*Quartiersansatz fördert Akzeptanz und schafft Anreize und hilft bei Erreichung der Klimaziele*

Rund 3,8 Millionen Wohnungen können mit **Mieterstrom** versorgt werden. Bisher werden jedoch nur rund 3.800 Wohnungen versorgt. Ein gutes Tausendstel. Das ist uns zu wenig! Wir setzen auf eine urbane Entwicklung der Energiewende. Dazu gehört der Mieterstrom sowie der Wegfall des PV-Deckels, d.h. einer Zubaugrenze an maximaler Leistung, die die Photovoltaik bisher stark eingeschränkt hat.

Um bei der urbanen Energiewende endlich einen großen Fortschritt zu erzielen, setzen meine Fraktionskollegen Matthias Miersch, Bernd Westphal, Johann Saathoff und ich eigene Impulse bei der Entwicklung von Mieterstrommodellen und fordern damit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zum Handeln auf.

Mit einer deutlich **erhöhten Einspeisevergütung**, die sich an PV-Anlagen auf Einfamilienhäusern orientiert, sowie auf die Verankerung des **Quartiersansatzes** und auf eine **Entbürokratisierung** für Hauseigentümer. Damit wird das zarte Pflänzchen Mieterstrom zur Blüte gebracht.

Wir sehen keinen Grund, warum PV-Anlagen auf Mietshäusern geringere Vergütungen erhalten, als Anlagen, die sich auf Einfamilienhäusern befinden. Wir setzen auf eine Angleichung der Vergütung sowie einen Mieterstromzuschlag von 4 Cent / kWh.

Ebenfalls setzen wir auf den **Quartiersansatz**. Damit können auch Nachbargebäude für mögliche Mieterstrommodelle einbezogen werden. Bisher gilt dies nur für eine Hausgemeinschaft. Mit einer Ausweitung auf das Quartier können alle Mieter im Quartier von erneuerbaren Strom profitieren. **Das ist sozial gerecht und sorgt für eine höhere Akzeptanz der Energiewende.**

Um zu verhindern, dass Hauseigentümer aus steuerlichen Gründen von der Lieferung von Mieterstrom absehen, setzen wir in unserem Gesetzentwurf auf eine Regelung im Gewerbesteuergesetz, die den Betrieb einer Photovoltaikanlage mit dem Betrieb einer Heizung im Gewerbesteuergesetz gleichstellt.

Wir sind überzeugt, dass der Mieterstrom das Potenzial hat, zum kommenden Treiber der Energiewende zu werden.

Mehr Informationen zum Gesetzentwurf:

[https://www.timon-gremmels.de/wp-content/uploads/sites/109/2019/12/29.11\\_.2019\\_Vorschlag\\_MieterstromG\\_-1.pdf](https://www.timon-gremmels.de/wp-content/uploads/sites/109/2019/12/29.11_.2019_Vorschlag_MieterstromG_-1.pdf)



## | Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für die E-Mobilität wird gefördert

*Gut zugängliche Infrastruktur für Akzeptanz der E-Mobilität nötig*

Der Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur ist **Grundvoraussetzung für die Akzeptanz und die Zunahme der Elektromobilität**. Die große Koalition hat das Ziel, dass die öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur weiter ausgebaut wird und in Deutschland bis 2030 insgesamt 1 Millionen Ladepunkte zur Verfügung stehen. Deshalb fördert der Bund den **Aufbau von öffentlichen Ladensäulen** mit entsprechenden Programmen (200 Mio. für Schnellladensäulen und weiteren 100 Mio. Normalladeinfrastruktur). Wer bei öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur keinen 24-Stunden-Zugang anbieten kann - wie z.B. auf Supermarktparkplätzen, die nur zur Ladenöffnungszeit das Laden ermöglichen - werden mit abgesenkten Fördersätzen die Gelegenheit bekommen, sich zu beteiligen.

Die weitaus meisten Ladevorgänge finden zuhause oder bei der Arbeit statt. Aus diesem Grund soll die gemeinsam genutzte private und gewerbliche Ladeinfrastruktur (z. B. in Mehrfamilienhäusern und auf Mitarbeiterparkplätzen) ebenfalls gefördert werden. Zudem sind das Stromtanken beim Arbeitgeber und die Überlassung notwendiger Infrastruktur für das Tanken beim Arbeitnehmer steuerlich begünstigt und stellen keinen geldwerten Vorteil mehr da.

Im Wohneigentumsgesetz (WEG) und im Mietrecht wollen wir die Errichtung von Ladeinfrastruktur im Haus vereinfachen, insbesondere das Einstimmigkeitsprinzip soll durch das Mehrheitsprinzip ersetzt werden. Vermieter sollen verpflichtet werden, die Installation von Ladeinfrastruktur zu dulden.



## Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis

### | Gesetzesänderungen zum neuen Jahr

#### Neuregelungen zum Jahreswechsel

Ab dem 1. Januar 2020 treten eine Reihe von Neuregelungen und Gesetzesvorhaben in Kraft. Auf dieser Seite möchte ich euch einen kleinen Überblick geben, welche Änderungen wirksam werden. Eine umfassendere Darstellung findet ihr im **Anhang** dieses Newsletters.

Zu Beginn des Jahres tritt die **Wohngeldreform** in Kraft. Wir erhöhen das Wohngeld und weiten die Zahl der Anspruchsberechtigten aus.

Das **Familientlastungsgesetz** wirkt ebenfalls ab Januar. Der Kinderfreibetrag wird ebenso erhöht wie der Grundfreibetrag.



Zum 1. Januar kommen zudem Lohnsteigerungen schneller bei den Beschäftigten an, indem wir die Folgen der sog. „Kalten Progression“ **abbauen**. Ebenfalls **steigt der Mindestlohn** auf 9,35 Euro und der Beitragssatz zur **Arbeitslosenversicherung** sinkt auf 2,4%.

Weiterhin greifen Neuregelungen zum **Berufsbildungsgesetz**. Azubis erhalten jetzt einen **Mindestlohn**.

Auch die ersten Maßnahmen zum Klimaschutzprogramm, wie die Mehrwertsteuersenkung von 19% auf 7% auf Bahntickets, werden aktiv.

Im März wird u.a. das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft treten. Damit schaffen wir erstmalig eine Grundlage für zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Mit dem Sofortprogramm Pflege sorgen wir durch eine bessere Personalausstattung für spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte.

### | Wohnen muss bezahlbar sein

#### Wir stärken Mieterinnen und Mieter den Rücken durch die Mietpreislösung

Die SPD ist die Partei der Mieterinnen und Mieter. Deshalb haben wir uns für die **Verlängerung der Mietpreislösung** stark gemacht und konnten uns letztlich gegen den Widerstand der Union durchsetzen. Denn ohne eine neue gesetzliche Regelung würde die Mietpreislösung schon 2020 in einigen Bundesländern auslaufen. Mit dem Gesetz, das wir diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten, schaffen wir für die Landesregierungen die Option, die Regelungen zur Mietpreislösung um weitere fünf Jahre zu verlängern. Sie schützt Mieterinnen und Mieter vor rasant steigenden Mieten. Die Möglichkeit der Verlängerung bis zum 31.12.2025 wird dafür sorgen, dass diese Wirkung anhalten kann.

Darüber hinaus – und das ist die bemerkenswerte Errungenschaft aus Sicht der SPD - **verschärfen wir die Mietpreislösung**: Zu viel gezahlte Miete kann künftig rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses für bis zu 30 Monate zurückgefordert werden. Zurzeit gilt dies erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge. Diese Regelung geht über die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag hinaus und führt dazu, dass Vermieterinnen und Vermieter erst gar keine unzulässigen Mieten verlangen werden, weil sie sich sonst entsprechenden Rückzahlungsverpflichtungen aussetzen.

Wir erleichtern auch den Weg in die eigenen vier Wände: beim Kauf einer eigenen Wohnung oder eines Hauses sind hohe Nebenkosten für viele Menschen eine große Hürde. Deshalb soll die **Maklerprovision in Zukunft zwischen den Vertragsparteien geteilt werden**: Wer den Makler oder die Maklerin beauftragt hat, zahlt dann mindestens die Hälfte.

Mit diesen Beschlüssen stärken wir die Rechte von Mieterinnen und Mieter. Die SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass guter und bezahlbarer Wohnraum kein Luxusgut sein darf.

**Wer den Makler bestellt,  
bezahlt mindestens die  
Hälfte.**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag







Timon Gremmels  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der  
Hauptstadt und dem Wahlkreis



**Veranstaltungstipp**

## | Neujahrsempfang der SPD Kassel-Land

Montag, 13. Januar 2020, 18:00 Uhr in Schauenburg-Elgershausen im Elgerhaus

Der traditionelle Neujahrsempfang der SPD im Landkreis Kassel findet direkt zu Beginn des neuen Jahres am 13. Januar 2020 ab 18:00 Uhr im Elgerhaus in Schauenburg statt (Adresse für Navigationssysteme: Amters Hof 3, 34270 Schauenburg).

Als Gast begrüßt die SPD im Landkreis Kassel in diesem Jahr die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. Christine vertritt im Deutschen Bundestag den Wahlkreis Bergstraße in Südhessen.

Alles Gute für  
**2020**



Unsere Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (links) wird als Gastrednerin auf dem Neujahrsempfang in Schauenburg reden.

### NEUJAHRSEMPFANG 2020

Einladung — Montag, 13. Januar 2020, 18:00 Uhr

[spd-kassel-land.de](http://spd-kassel-land.de)

## | Jugendmedienworkshop für junge Medienmacher

**Tipp!**

Jetzt anmelden zum Workshop für medieninteressierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren

Der Deutsche Bundestag bietet vom 21. bis 28. März 2020 einen einwöchigen **Workshop für junge Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten** an. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e.V. erhalten 25 Jugendliche bereits zum siebzehnten Mal spannende Einblicke in den Berliner Politik- und Medienbetrieb. Bis zum **17. Januar 2020** können sich Interessierte junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren bewerben.

Die Jugendlichen erwartet ein spannendes und abwechslungsreiches Workshop-Programm, das Einblicke in den medialen und politisch-parlamentarischen Alltag in der Bundeshauptstadt bietet. Die jungen Medienmacher werden in Redaktionen hospitieren, eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestags besuchen und eine eigene Zeitung entwickeln.

In diesem Jahr setzen sich die Jugendlichen unter dem Titel ‚Stadt, Land, Flucht?! – Lebens- und Wohnräume heute und in Zukunft‘ mit den Herausforderungen für Städte auseinander. Wie wirkt sich der Zuzug in die Städte auf die Wohnraumsituation und die Organisation des Lebens in den Städten aus. Parallel dazu untersuchen die Jugendlichen, wie sich aufgrund sinkender Einwohnerzahlen im ländlichen Raum dies auf die örtliche Infrastruktur auswirkt.



Mehr Informationen gibt es unter:

<http://www.jugendpresse.de/bundestag>



## | Kurve Kassel: Bedenken der Menschen vor Ort ernst nehmen

*Gespräch mit BI-Vertretern und SPD Politikern in Berlin*

In dieser Woche haben meine Kollegin Esther Dilcher und ich ein gemeinsames **Gespräch mit Politikern und Bürgerinitiativen** aus von den Bahn-Ausbauplänen betroffenen Orten in der Region Kassel statt. Im Gespräch mit meinem Fraktionskollegen Mathias Stein, der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, wurde die Problematik des Maßnahmensetzvorbereitungsgesetzes, auch im Hinblick auf das umstrittene Projekt „Kurve Kassel“, gemeinsam mit den drei Bürgerinitiativen aus Espenau, Fuldata und Vellmar diskutiert. Dabei ging es um die Ziele, mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz zu ermöglichen, aber auch um die Kritik am Verfahren. **Wir möchten, dass alle sinnvollen Streckenalternativen - insbesondere die Sollingbahn - gleichwertig geprüft werden.** Den Bahnausbau benötigen wir unbedingt, auch im Rahmen der Energie- und Verkehrswende. Wir müssen es richtig machen und Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Zum Thema Kurve Kassel sind auch Bürgerpetitionen beim Deutschen Bundestag eingereicht worden, die insbesondere Verbesserungen beim Lärmschutz einfordern. Als Berichterstatter für diese Petitionen setze ich mich für einen starken Lärmschutz und das Mitnehmen der Anwohner vor Ort unmittelbar ein. Als nächste Maßnahme wird zunächst am 15. Januar 2020 eine Expertenanhörung im Verkehrs- ausschuss des Deutschen Bundestag stattfinden, bei der Bundesverkehrsminister Scheuer die bisher offenen Antworten zum weiteren Verfahren erörtern wird. Für das parlamentarische Verfahren gilt zudem der alte Leitspruch, dass kein Gesetz so heraus kommt, wie es dort hinein kam. Gemeinsam mit meiner Kollegin Esther Dilcher werden wir das weitere Verfahren konstruktiv begleiten.



Gemeinsam mit Esther Dilcher begrüßten wir Vertreter der BIs „Kurve Kassel“ aus Vellmar, Fuldata und Espenau

## | Erfahrungsbericht meiner Schülerpraktikantin Eda Sakim

Im Rahmen meines Politikunterrichts an der Schule hat sich dank meines Politiklehrers ein großes Interesse zum Studiengang Politikwissenschaft entwickelt. Daher beschloss ich, ein Praktikum bei unserem Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels absolvieren zu wollen, um einen tieferen Einblick in das Berufsfeld zu bekommen. Die Aufgaben und der Verlauf meines Praktikums waren sehr vielfältig. Ich wurde sehr herzlich in das Team aufgenommen und die erste Aufgabe war es, einen „Antrag auf Ausstellung eines Bundestagsausweises zum Betreten des Deutschen Bundestages“ zu erhalten. Nun besaß ich meinen persönlichen Ausweis.

Meinen ersten Rundgang bekam ich durch die „Katakomben“ vom Jakob-Kaiser-Haus, unter dem Reichstag hindurch, in das Paul-Löbe-Haus und darauf folgend in das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Es ist faszinierend, wie strukturiert und beschildert die Gebäude sind, zudem muss angesprochen werden, dass viele Kunstwerke diesen Wegen einen bedeutenden Anblick verschaffen. Einen sehr interessanten Einblick gewann ich am Ende meines ersten Praktikumstages bei einem Gespräch über die Kasseler Kurve, bei dem Timon mit seinem Kollegen Mathias Stein und sechs Vertretern der Bürgerinitiative teilnahm. Da ich selber im diesem Umfeld lebe und somit mit diesem Thema konfrontiert bin, fand ich es sehr interessant, die verschiedenen Stellungnahme und Argumentationen mit anhören zu dürfen. Am zweiten Tag durfte ich mit in die AG Wirtschaft und Energie. Dort wurde über mehrere Themen wie zum Beispiel dem Ausstieg aus der Kohle und Brexit diskutiert. Danach ging es weiter zum Mittagstisch der Parlamentarischen Linken. Dort traf ich auch Kevin Kühnert. Neben diesen Sitzungen müssen auch die kleinen Dinge erledigt werden. Dazu gehört die Büroorganisation mit Post abholen, ordnen, öffnen und die Briefe mit einem Eingangsstempel versehen. Der Besuch im Ausschuss für Wirtschaft und Energie war sehr interessant, da hierbei die verschiedenen Formalitäten zu berücksichtigen sind. Dazu gehörte die Sprechzeit, welche drei Minuten nicht überschreiten durfte und hier wurden wichtige Themen wie die Gaspipeline Nord Stream 2 und die Insolvenz der Reisefirma Thomas Cook bearbeitet. Spannend fand ich die Befragung der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im Plenarsaal stattfand. Sehr interessant fand ich, dort zu beobachten, dass jeder nur eine Minute Sprechzeit hat und viele verschiedene Themen angesprochen wurden, welche von Angela Merkel sehr schnell ohne großes Zögern beantwortet wurden.

Ich bin sehr glücklich, dass ich so ein tolles Praktikum machen durfte und die Möglichkeit bekam, so nah dabei zu sein. Ich bedanke mich ganz herzlich für diese spannenden Erfahrungen.







## | Unterwegs in Berlin und im Wahlkreis



Nach 43 Jahren Dienst in der SPD verabschiedet sich Elfi Heusinger von Waldege in den Ruhestand



Mit Arnim Roß, Manuela Strube und Christian Strube auf der Stiftsweihnacht in Kaufungen



Mit Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion und Landesvorsitzende Nancy Faeser auf dem Kasseler Märchenweihnachtsmarkt

## | Der Pralinengruß

HNA vom 18.12.2019

Am Mittwoch hat die HNA über mein diesjähriges Weihnachtspresent berichtet. Diese nette Meldung möchte ich euch nicht vorenthalten.

Die Pralinen aus dem Hause der traditionsreichen Konditorei Nenninger ziert neben dem Konterfei der Grimms nun mein Gesicht. Diesen süßen Gruß habe ich an Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Wegbegleiter im Wahlkreis und in Berlin übergeben.

### Süße Weihnachtspost Grüße von Grimms und Gremmels

VON FLORIAN HAGEMANN



Die Adventszeit ist hart – vor allem für jene, die an Schokolade nicht vorbeigehen können, ohne ein Stück zu naschen. Und dann noch eins. Das Ganze wird vor allem für jene zur besonderen Herausforderung, die im Großraumbüro ziemlich nah an jenem Tisch sitzen, auf dem die Süßigkeiten abgelegt werden.

Vor allem in der Vorweihnachtszeit ist dieser Tisch ein Phänomen. Abends ist er meist leer, und am nächsten Tag befinden sich dort doch wieder Dominosteine, selbst gebackene Kekse und die längsten Pralinen der Welt. Irgendwer bringt immer etwas mit – sei es, weil er Geburtstag hatte, sei es, weil die Plätzchendosen zu Hause aus allen Nähten platzen, oder sei es, weil die Feier zur Goldenen Hochzeit der Schwiegereltern Reste abwarf.

Hinzu kommt der eine oder andere süße Weihnachtsgruß – wie jener des Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels. Seine Karte zum Fest hat er garniert mit drei Pralinen, wobei auf einer die Grimms zu sehen sind, eine weitere ziert der Herkules, und auf der dritten hat sich Gremmels mit seinem Konterfei verewigt. Gremmels hat sich quasi selbst gebacken. Und es ist nur eine Fra-

ge der Zeit, wann es in der Konditorei bald neben Florentinern und Berlinern auch Gremmels zu kaufen gibt.

Schoko mit Grimms und Gremmels – das ist auf alle Fälle eine wirklich gute und vor allem witzige Idee. Zumal sie einen positiven Nebeneffekt hat: Keiner traut sich, die Praline zu essen, weil sie einfach zu schön und die Scheu zu groß ist, einen Bundestagsabgeordneten zu vernaschen.

Wären alle Süßigkeiten so originell, fiel es auch schwerer, am Tisch in der Mitte des Raumes zuzugreifen, was wiederum gut für die eigene Figur und das eigene Wohlbefinden wäre. Deshalb wäre es auch gar nicht verkehrt, wenn Timon Gremmels für nächstes Jahr ganze Adventskalender bestücken würde, bei denen hinter jedem Türchen ein Gremmels steckt.



**Weihnachtsgruß:** Gremmels als Praline. FOTO: FLORIAN HAGEMANN

[hag@hna.de](mailto:hag@hna.de)

Sofern Sie ausdrücklich eingewilligt haben, verwenden wir Ihre E-Mail-Adresse, um Ihnen regelmäßig Ihre gewünschten Informationen zu übersenden. Für den Empfang der Informationen ist die Angabe einer E-Mail-Adresse ausreichend.

Die Abmeldung ist jederzeit möglich, darauf wird z.B. auch bei jedem Newslettersend unter Angabe des Links hingewiesen. Alternativ können Sie Ihren Abmeldewunsch gerne auch jederzeit an [timon.gremmels.wk@bundestag.de](mailto:timon.gremmels.wk@bundestag.de) per E-Mail senden.



## Gesetzesvorhaben und Neuregelungen der Bundesregierung im Jahr 2020

Wann?	Was?
ab dem 01. Januar 2020	<p><b>Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)</b></p> <p>Für die Förderung des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs werden die Mittel verdoppelt. Statt 332 Mio. Euro stehen nun 665 Mio. Euro zur Verfügung. Mehr Bahnhöfe, Schienen und Tunnel können neu- und ausgebaut werden und mehr Passagiere befördern. .</p>
	<p><b>Wohngeldreform</b></p> <p>Weil die Mieten in den vergangenen Jahren rasant gestiegen sind, erhöhen wir das Wohngeld und weiten die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich aus. Außerdem wird das Wohngeld künftig alle zwei Jahre automatisch an die steigenden Mieten und Verbraucherpreise angepasst. Insgesamt profitieren von der Wohngeldreform rund 660.000 Haushalte.</p>
	<p><b>Neuregelungen zum Berufsbildungsgesetz</b></p> <p>Nach Ausbildungsjahren gestaffelt erhalten Azubis nun einen monatlichen „Mindestlohn“, der bis 2023 weiter ansteigt. Geltende Tarifverträge werden nicht angetastet. Außerdem werden Azubis an Berufsschultagen und Prüfungstagen freigestellt und erhalten Prüfungsliteratur durch den Arbeitgeber.</p>
	<p><b>Gesetzentwurf für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht</b></p> <p>Energetische Sanierungsmaßnahmen an selbstgenutztem Wohneigentum können in Höhe von 20 Prozent der Aufwendungen steuerlich geltend gemacht werden.</p> <p>Um die Attraktivität der Bahn zu verbessern, soll der Umsatzsteuersatz für Bahntickets von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden. Diese Regelung gilt unbefristet.</p> <p>Erhöhung der Steuersätze der Luftverkehrssteuer zum 1. April 2020.</p>
	<p><b>Familientlastungsgesetz</b></p> <p>Der Kinderfreibetrag wird um 192 Euro auf 7.812 Euro und der Grundfreibetrag um 240 Euro auf 9.408 erhöht.</p> <p>Abbau der kalten Progression (Rechtsverschiebung der Eckwerte des Einkommenssteuertarifs): Oft steigt die Kaufkraft trotz Lohnzuwächsen aufgrund der Inflation nicht. Trotzdem wird wegen des höheren Lohns ein höherer Steuersatz angesetzt. Die Steuerbelastung steigt und die Kaufkraft nimmt</p>

	<p>trotz Lohnsteigerung real ab. Das ist ungerecht. Darum sorgen wir mit der Anpassung der Eckwerte dafür, dass die Lohnzuwächse künftig wieder bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen.</p>
	<p><b>Steuerliche Forschungsförderung</b></p> <p>Um Innovationen zu fördern, führen wir eine Forschungszulage für Unternehmen (25 % der steuerl. Bemessungsgrundlage, max. 500.000 Euro pro Jahr und Unternehmen) ein. Damit fördern wir Personal im Bereich von Forschung und Entwicklung in Unternehmen.</p>
	<p><b>Umsetzung der 4. EU-Geldwäsche-Richtlinie</b></p> <p>Ab 1. Januar 2020 treten diverse Maßnahmen gegen Geldwäsche in Kraft: u.a. öffentlicher Zugang zum Transparenzregister und verschärfte Anzeigepflichten im Immobilienbereich.</p>
	<p><b>Grundsicherung und Sozialhilfe</b></p> <p>Ab 1. Januar 2020 erhöht sich das Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 1,88 Prozent.</p>
	<p><b>Mindestlohn</b></p> <p>Der gesetzliche Mindestlohn steigt auf 9,35 Euro ab dem 1. Januar 2020.</p>
	<p><b>Beschäftigungsduldungsgesetz</b></p> <p>Bundesweite Regelung für einen verlässlichen Aufenthaltsstatus für gut integrierte Geduldete und Ausweitung der Ausbildungsduldung auf Helferausbildungen.</p>
	<p><b>Arbeitslosenversicherung</b></p> <p>Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung sinkt auf 2,4 %.</p>
	<p><b>Jahressteuergesetz (steuerliche Förderung der Elektromobilität)</b></p> <p>Enthalten sind verbesserte und verlängerte Abschreibungsmöglichkeiten für Elektromobilität, der reduzierte USt-Satz für E-Books, u.a.</p>



	<p><b>Steuerentlastungen</b></p> <p>Die Kindergelderhöhung wird beim steuerlichen Kinderfreibetrag nachvollzogen. Als Jahresbetrag wächst er daher in zwei gleichen Teilen zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 192 Euro.</p> <p>Auch für Erwachsene steigt der Grundfreibetrag: 2019 auf 9.168 Euro und 2020 auf 9.408 Euro. Auf diesen Teil des Einkommens muss keine Einkommensteuer gezahlt werden.</p>
<p><b>ab dem 01. März 2020</b></p>	<p><b>Masern-Impfpflicht</b></p> <p>Alle Kinder müssen beim Eintritt in die Schule oder den Kindergarten die von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Masern-Impfungen vorweisen. Auch bei der Betreuung durch eine Kindertagespflegeperson müssen die Kinder in der Regel geimpft sein. Gleiches gilt für Beschäftigte in medizinischen und in Gemeinschaftseinrichtungen.</p>
	<p><b>Abschaffung Doppelverbeitragung</b></p> <p>(Gesetz zur Einführung eines Freibetrages in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge)</p> <p>Durch den neuen Freibetrag zahlen 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner de facto nur noch höchstens den halben Beitragssatz. Auch die übrigen 40 Prozent werden spürbar entlastet.</p>
	<p><b>Gesetz zum fairen Kassenwettbewerb</b></p> <p>(Tritt voraussichtlich im März/April in Kraft)</p> <p>Der Finanzausgleich zwischen den Kassen soll weiterentwickelt werden, damit alle Krankenkassen genug Geld für ihre Behandlung haben. Lieferengpässe bei Arzneimitteln werden bekämpft damit sichergestellt werden kann, dass alle die Medikamente bekommen, die sie benötigen.</p>
	<p><b>Fachkräfteeinwanderungsgesetz</b></p> <p>Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz schaffen wir erstmalig die Grundlage für eine zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten. Die Begrenzung auf Mangelberufe und eine Vorrangprüfung bei Qualifikation und Arbeitsvertrag schaffen wir ab.</p>

## Gesetzesvorhaben und Neuregelungen der Bundesregierung im Jahr 2020

<b>ab dem 01. April 2020</b>	<b>Erhöhung der Steuersätze der Luftverkehrssteuer</b>  Im Gegenzug zur Absenkung der Steuersätze auf Bahntickets werden die Steuersätze auf Flugtickets erhöht. Damit wird klimafreundliches Verhalten belohnt.
<b>ab dem 01. Juni 2020</b>	<b>Reform der KfZ-Steuer</b>  Mit der Reform der KFZ-Steuer sollen die im Klimapaket beschlossenen Änderungen zur Förderung von Autos mit geringem CO <sub>2</sub> -Ausstoß nachvollzogen werden.
<b>ab dem 01. Juli 2020</b>	<b>Anzeigepflichten für grenzüberschreitende Steuergestaltungen</b>  Zukünftig besteht die gesetzliche Verpflichtung, Behörden die Verschiebung von Gewinnen in andere Staaten anzuzeigen. Das versetzt die Steuerbehörden in die Lage, noch effektiver gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug vorzugehen.
<b>ab dem 01. September 2020</b>	<b>Reform der Psychotherapeutenausbildung</b>  Die neuen Ausbildungsvorschriften treten passend zum Start des Wintersemesters zum 1. September 2020 in Kraft. Die psychotherapeutische Ausbildung wird ein eigenständiges Studienfach an Universitäten, das zur Approbation qualifiziert.
<b>ab 2020</b>	<b>Sofortprogramm Pflege</b>  Mit dem Gesetz werden spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege erreicht. Ab 2020 werden die Pflegepersonalkosten in Kliniken krankenhausindividuell vergütet. Statt der Fallpauschalen-Finanzierung richtet sich jetzt die Zahl der Pflegenden nach dem Pflegeaufwand.